



Die Frage nach dem Unrechtsstaat ist entschieden

Thüringer Linke räumen besondere Verantwortung ein – kritische Bewertung durch Professor Veen

VON GERLINDE SOMMER

ERFURT/WEIMAR. Die Linke hat sich lange gewunden: Das Wort „Unrechtsstaat“ kam ihren Vertretern nicht über die Lippen. Jetzt aber ist vieles anders: Bodo Ramelow will Ministerpräsident von Thüringen werden. In einer gemeinsamen Erklärung von Linken, SPD und Bündnis 90/Die Grünen zur Aufarbeitung der DDR-Geschichte steht nun, dass „die DDR in der Konsequenz ein Unrechtsstaat“ war. Daraus erwachse besondere Verantwortung. Die TLZ sprach mit Professor Hans-Joachim Veen (Jahrgang 1944), seit 2002 Gründungsvorsitzender der in Weimar ansässigen und mit Diktaturforschung beschäftigten Stiftung Ettersberg, über die Bewertung dieses Papiers mit Blick auf eine mögliche rot-rot-grüne Regierung, den Wandel der Linken und die offenen Fragen mit Blick auf deren SED-Vergangenheit.

Wie bewerten Sie dieses rot-rot-grüne Positionspapier?

Es ist ein sehr beachtliches Eingeständnis des Diktaturcharakters der DDR. So schonungslos hat das bisher noch kein prominenter Linker gesagt. Bodo Ramelows Meinung finde ich respektabel. Aber gleichzeitig bin ich mir ziemlich sicher, dass das nicht der Mehrheitsmeinung der Parteimitglieder der Linken und eines Teiles ihrer Wähler entspricht. Es gibt im „Neuen Deutschland“ bereits wütende Kommentare dazu. Da wird von Delegitimierung der DDR gesprochen.

In diesem Text heißt es, dass die DDR ein Unrechtsstaat war...

Ja, richtig, aber die Begründung ist nicht überzeugend. Die DDR war nicht in der Konsequenz ein Unrechtsstaat, weil es keine freien Wahlen gab und die Partei überall eingreifen konnte. Nein, wie sie war vielmehr ein Unrechtsstaat aus der Struktur ihrer Verfassung heraus. Die Verfassung selber kannte keine individuellen Grundrechte, keine Gewaltenteilung, keine unabhängige Justiz, sondern sie wollte die Parteijustiz. Es war eine Partei-Diktatur.

Dass die DDR eine Diktatur war, steht in den Papier von Rot-Rot-Grün. Stellt Sie das zufrieden?

Nun, man muss sehen: Die Rolle der Partei, die laut Verfassung immer Recht hatte und als Führer der Arbeiterklasse in Paragraph 1 der DDR-Verfassung genannt wurde, bleibt in den Ausführungen merkwürdig im Hintergrund – als sei sie nicht die Mutter alles Bösen dieser Diktatur gewesen. Dabei war die SED die Herrscherin in der DDR. Es wird auf die Stasi verwiesen, auch darauf, dass man mit Stasi-Leuten nichts zu tun haben will, aber nirgendwo steht, dass ehemalige Parteifunktionäre der SED auch keine Rolle mehr spielen dürfen. Ich finde aber auch vieles sehr gut in dem Papier...

Zum Beispiel?

... den Hinweis auf Heimkinder. Es ist gut und treffend, dass man sich dem bisher weitgehend unausgeleuchteten Opfer-Kapitel etwa in den Jugendwerkhöfen widmen möchte, in denen den Insassen schweres Leid zugefügt wurde. Förderung der Institutionen zur wissenschaftlichen Aufarbeitung der SED-Diktatur, Unterstützung der dezentralen Aufarbeitungsstruktur – all das ist positiv. Man wird schauen müssen, was das in der Praxis bringt. Man kann aber von so einem Papier auch nur die Benennung des Wesentlichen erwarten – und das ist genannt.

Wie wichtig ist diese Vereinbarung von Linken, SPD und Bündnis-Grünen auf dem Weg zu einer möglichen rot-rot-grünen Regierung?

Im Grunde ist das eine Sollbruchstelle für eine rot-rot-grüne Koalition. Und ich glaube, dass die Linke alles dafür getan hat, um hier SPD und Bündnis 90/Die Grünen entgegenzukommen. Ich glaube, dass Ramelow viel weiter gegangen ist als seine eigene Parteiführung in Berlin und vor allem auch die Masse der Parteimitglieder.

Heißt das: Er muss also erst noch um die Zustimmung an seiner eigenen Basis werben?

Ja, das muss er. Allerdings zeigt sich in dem Papier ja das alte Muster, das schon nach 1989 von der Partei durchgesetzt wurde: Es wurde auf die Stasi verwiesen, um die SED und ihre Nachfolger selber aus der Schusslinie zu nehmen.



Es ist auch die Rede von der Aufarbeitung der Alltagsdiktatur in der DDR. Was heißt das?

Das ist etwas missdeutig formuliert. Gemeint ist wohl Diktatur im Alltag. Denn tatsächlich hat die Diktatur den Alltag der Menschen erfasst. Das ist deshalb interessant, weil es mittlerweile eine gewisse Neigung gibt, den Einfluss der Diktatur auf das tägliche Leben kleinzureden. Natürlich haben die Menschen in der DDR geliebt, gelebt und waren glücklich, aber dennoch war auch immer ihr Alltag von der Diktatur mitbestimmt.



Würdigt Wandlungsfähigkeit der Linken: Hans-Joachim Veen, Chef der in Weimar ansässigen Stiftung Ettersberg. Foto: Michaelis

Vor 24 Jahren dachten viele – gerade auch aus dem Westen –, dass die SED-Nachfolgerin PDS schnell weg sein würde vom Fenster...

Das war die große Illusion, zu glauben, die Diktatur habe sich automatisch erledigt. Wenn man es anders vermutet hätte, hätte man wahrscheinlich die Frage eines Parteiverbots viel früher gestellt. Mit der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl 1990 war das Thema durch...

Und nun könnte Thüringen mit Bodo Ramelow den ersten Ministerpräsidenten der Linken stellen. Was sagt das über die Entwicklung gerade auch hierzulande aus?

Es ist unübersehbar, dass die Linke in den neuen Ländern als Volkspartei zu bezeichnen ist – und zwar eher als die SPD. Die einzig bundesrepublikanische Volkspartei ist die Union. Die Stellung der Linken heute zeugt von einer beträchtlichen Wandlungs- und Adaptionfähigkeit, auch der Demokratie in Deutschland. Das hat sich schon bei den Grünen gezeigt, die 1983 als Antiparteipartei, Antiregimepartei und Antisystempartei in den Bundestag einzogen und mittlerweile längst voll integriert sind in die Verfassungsordnung. Dieser Prozess ist bei der Linken noch nicht abgeschlossen, da es in der Linken noch extremistische Sektierer gibt, die sich aber wahrscheinlich über kurz oder lang auswachsen werden. Das Beispiel Thüringen und insbesondere das Beispiel Ramelow legt jedenfalls nahe, dass diese Adaptionfähigkeit der bundesrepublikanischen Demokratie groß ist.